

Ermordeter Afrikaner, brennende Häuser in Slum bei Uitenhage: „Die Revolte der schwarzen Mehrheit nähert sich immer mehr den

Südafrika – „ein Gefühl des Untergangs“

Explosion von Gewalt in allen Landesteilen, brutales Vorgehen der Polizei, eine verunsicherte Regierung: Die schwarze Mehrheit Südafrikas läßt sich Apartheid und

Repression nicht mehr gefallen. Auch der Druck von außen verstärkt sich: US-Firmen, die in Südafrika investiert haben, bekommen zu Hause Schwierigkeiten.

Der schwarze Radfahrer riß den Lenker nach links, eine letzte groteske Anstrengung, dem kugelspeienden Panzerfahrzeug zu entkommen. Ein Kopfschuß traf ihn, er rutschte blutüberströmt vom Sattel.

Der schwarze Jugendliche auf dem Rad starb als erstes von mindestens 19 Opfern, die am vorletzten Donnerstag beim „Blutbad von Uitenhage“ getötet wurden – auf den Tag 25 Jahre nach dem „Massaker von Sharpeville“, bei dem die Polizei 69 Schwarze erschoss, die gegen die diskriminierenden Paßgesetze demonstriert hatten.

Diesmal wollten Schwarze in der Nähe der Hafenstadt Port Elizabeth drei Tote beisetzen, die in früheren Zusammenstößen von der Polizei erschossen worden waren. Einen für vorletzten Sonntag beantragten Trauerumzug hatten die Behörden verboten und statt dessen den 21. März als Termin vorgeschlagen. Der aber – das hatten die Weißen übersehen – ist wegen Sharpeville für Südafrikas Schwarze eine Art Volkstrauertag.

Erst Tage später wurde annähernd klar, was am 21. März geschah – und daß dieser Tag womöglich von folgenswerter Bedeutung für die Zukunft des

Apartheidstaates ist. Mehrere tausend Menschen versammelten sich – ein erneutes Verbot der Feier war vielen nicht mehr bekannt geworden. Der Trauerzug bewegte sich vom Schwarzenort Langa zum Friedhof in Kwanobuhle und mußte dabei die Weißen vorbehaltene Stadt Uitenhage passieren. Dort wartete auf einer Anhöhe ein „Hippo“ (Flußpferd), ein wegen seines Aussehens so genanntes gepanzertes Fahrzeug der Sicherheitskräfte.

Die Polizisten – 19 Mann, geführt von dem Leutnant Johan Fouché – eröffneten das Feuer. Polizeiminister Louis Le Grange behauptete, daß seine Beamten in Notwehr gehandelt hätten. Doch Augenzeugen, befragt von einer Kommission der oppositionellen weißen Progressive Federal Party (PFP), widersprechen: Steine, Flaschen und andere Wurfgeschosse, von denen sich die Polizei angeblich bedroht gefühlt hat, seien erst nachträglich zu den Leichen auf der Straße bei Uitenhage gelegt worden, um die Notwehr-These zu belegen. Leutnant Fouché sei möglicherweise betrunken gewesen, die Polizei habe wahrscheinlich nicht nur 19 Menschen erschossen, sondern über 40.

Staatspräsident Pieter Willem Botha mußte einer amtlichen Untersuchung der Vorgänge in Uitenhage zustimmen. Weshalb setzten die Sicherheitskräfte kein Tränengas ein? Weshalb schossen sie sofort in die Menge?

In einer Atmosphäre steigender Nervosität erlebt Südafrika, Schwarz wie Weiß, daß die Welle von Gewalt mächtiger wird, die seit vorigem Herbst das Land überzieht wie ein Buschfeuer – von Soweto im Norden bis Port Elizabeth im Süden, von Durban an der Ostküste bis in die Kapprovinz im Südwesten. Mindestens 250 Menschen – darunter nur ein einziger Weißer – wurden seither bei Unruhen getötet. Schwarze Guerillas verübten in der Transvaalprovinz 15 Sabotageakte.

Streiks legten schon im November für zwei Tage die Wirtschaft in der Hauptstadt Pretoria und der Metropole Johannesburg, in Germiston und Roodepoort lahm, stoppten später die Produktion von Großunternehmen wie Volkswagen und General Motors. Hunderttausende von schwarzen Schülern bleiben seit Monaten dem Unterricht fern. Sie verweigern die Mitarbeit in einem Bildungswesen, das für ein weißes Kind achtmal soviel ausgibt wie für ein schwarzes. Statt



sorgfältig geschützten weißen Vororten"

lesen zu lernen, basteln viele von ihnen jetzt Molotow-Cocktails und lernen sie zu benutzen.

Die Sprengkörper fliegen dann in die Häuser jener Schwarzen, die als „Quislinge“ mit dem System zusammenarbeiten, als Polizisten oder Verwalter, wie der Soweto-Bürgermeister Edward Kunene. An mehreren Orten lynchten solche aufgebrachten Schwarzen Nachbarn: Vier schwarze Gemeinderäte und vier schwarze Polizisten starben. „Die Bürgerkriegsgewalt innerhalb der schwarzen Gemeinschaft“, so die Londoner „Times“, „fügt der Unruhe eine neue, abstoßende Dimension hinzu.“

Staatspräsident Botha schreibt diese Unruhe jenen zu, „die wollen, daß das Land in Flammen aufgeht“, die „Ungehorsam, Gewalt und Zerstörung Vorschub leisten“. PFP-Chef Frederik van Zyl Slabbert erkennt hinter den „in immer kürzeren Abständen aufflammenden Unruhen... feste Führung und Organisation, die sich weder durch Verbote wird mundtot machen lassen noch durch leere Versprechungen bluffen“.

Vorbei ist die äußerliche Ruhe, die Südafrika, das letzte Relikt der weißen Kolonialherrschaft auf dem Schwarzen Kontinent, noch vorigen Sommer als relativ stabil erscheinen ließ. Vor allem die immer kürzeren Abstände zwischen den Gewaltausbrüchen beunruhigen jetzt die Weißen. Nach Sharpeville herrschte 16 Jahre lang mehr oder weniger Ruhe, ehe 1976 Soweto brannte (rund 600 Tote). Allein in den letzten

sieben Monaten aber kam es schon zu drei größeren Explosionen:

- ▷ Im September rebellierten die Bewohner des Vaal-Dreiecks, eines Industrierevierts südlich von Johannesburg, gegen Mieterhöhungen.
- ▷ Im Februar wehrte sich die Slumstadt Crossroads bei Kapstadt gegen die geplante Zwangsumsiedlung.
- ▷ Im März löste die verbotene Beerdigungsprozession bei Port Elizabeth das Blutbad von Uitenhage aus.

„Genug!“ klagte die liberale Johannesburger Zeitung „Rand Daily Mail“, „dieses Land reißt sich selbst entzwei.“ Da die neue Verfassung die schwarze Mehrheit des Landes nicht zur Kenntnis nimmt und die Schwarzen weiterhin in „Homelands“

ausgelagert werden, sei eine „wachsende Entfremdung der Schwarzen von den Weißen, von Geschäftsleuten und deren Werten und unter den Afrikanern selbst“ entstanden.

Tatsächlich empfinden Südafrikas 22 Millionen Schwarze nur Verbitterung über die Verfassungsreform der weißen Minderheit (4,8 Millionen) vom vergangenen September, die zwar Mischlingen (2,8 Millionen) und Asiaten (880 000) je ein Extraparlament und ein begrenztes Mitspracherecht gab, nicht aber der schwarzen Mehrheit.

Die leidet heute noch unter den gleichen diskriminierenden Paßgesetzen wie vor 25 Jahren. Jeder Schwarze muß stets ein plastikgebundenes Büchlein bei sich tragen, in dem die persönlichen Daten, Aufenthaltsgenehmigung und Beschäftigungsnachweis verzeichnet sind. Wer ohne gültigen Paß angetroffen wird, kann sofort verhaftet und in eines der „Heimatländer“ abgeschoben werden.

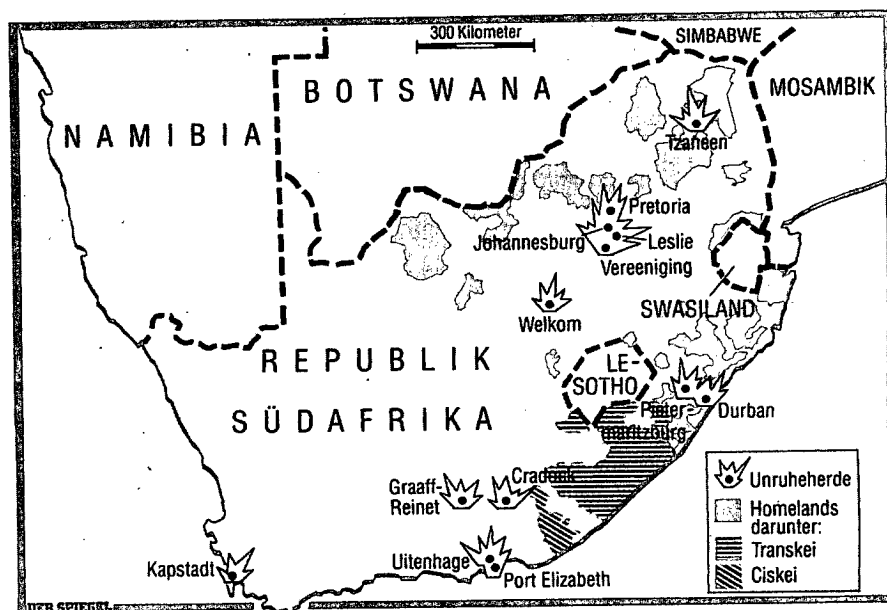
Diese absonderlichen Kreationen der Doktrin von der „getrennten Entwicklung“ erweisen sich indes als Fehlschlag – auch im Sinn ihrer weißen Erfinder. Vier unabhängige „Heimatländer“ (Transkei, Ciskei, Venda und Bophuthatswana) kosten Südafrikas Steuerzahler jährlich viele Millionen Mark, welche die schwarzen Despoten dieser Gebiete überwiegend für Prestigeprojekte wie Flughäfen und Mercedesflotten ausgeben.

Aus den bitterarmen Homelands fluten die Menschen immer wieder zurück nach Weiß-Südafrika, obwohl dort eine schwere Rezession herrscht. Hunderte von Firmen mußten schließen oder Kurzarbeit einführen. Massenentlassungen treffen vor allem die wenig qualifizierten schwarzen Arbeitskräfte.

Besonders im Gebiet von Port Elizabeth, das an die volkreiche Transkei und Ciskei grenzt, ballt sich ein „explosives Gemisch von Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben“, so eine Vertreterin der lokalen „Operation Hunger“.

Die neue Wirtschaftskrise des hochentwickelten Industrie- und Agrarstaates ist naturbedingt, aber auch hausgemacht: Nach drei Dürrejahre stehen viele Farmer vor dem Ruin. Sie beschäftigen – neben den Bergwerken – die meisten schwarzen Arbeitskräfte. Überdies sackte Ende 1984 der Goldpreis auf etwa dreihundert Dollar je Feinunze – für den größten Goldproduzenten der westlichen Welt ein schwerer Einkommensverlust.

Seit Jahren ist die Inflationsrate ständig zweistellig, die Kreditzinsen reichen



bis zu 30 Prozent, der Benzinpreis wurde Anfang des Jahres um rund 40 Prozent angehoben. Das alles ließ, so Londons „Financial Times“, erstmals „ein Gefühl des Untergangs“ aufkommen.

Von der schönen Illusion eines immerwährenden, goldgesicherten Wohllebens für die meisten Weißen mußte sich Südafrikas Regierung nun verabschieden. Gleichzeitig muß sie sogar dort sparen, wo bislang Geld keine Rolle spielte – bei der Sicherheit.

Finanzminister Barend du Plessis verkündete vorletzte Woche im Parlament einen um weniger als die Inflationsrate gesteigerten, also tatsächlich gekürzten Verteidigungshaushalt. Gleichzeitig erhöhte die Regierung die Verkaufssteuer von zehn auf zwölf Prozent, genau doppelt soviel wie zu Beginn des vergangenen Jahres.

Die wirtschaftliche Misere erscheint den Südafrikanern besonders gefährlich, weil in den USA – zur Amtszeit des rechten Reagan – eine Bewegung gegen Investitionen im Apartheidstaat (Disinvestment) populär wird. Die Vereinigten Staaten haben mit 2,3 Milliarden Dollar nach Großbritannien und vor der Bundesrepublik die höchsten Direktanlagen am Kap. Nun setzen einzelne Bundesstaaten, Städte und Institutionen viele Vermögensverwaltungen unter Druck, die südafrikanische Aktien gekauft haben.

So drohte etwa die Stadtverwaltung von New York – Bürgermeister Koch braucht schwarze Stimmen – der Citibank mit dem Abzug von Hunderten von Millionen Dollar. Amerikas größte Bank sicherte daraufhin die Liquidation aller Kredite an den Staat Südafrika zu. Pensionsfonds, die südafrikanische Aktien hielten, mußten diese abstoßen. Die Harvard-Universität trennte sich von ihren Südafrika-Aktien.

Die Bewegung gegen Investitionen in Südafrika, so konterte Pretorias Außenminister Roelof Botha, werde vor allem die 150 000 Schwarzen treffen, die in Südafrika für US-Unternehmen arbeiten. 350 US-Firmen vor Ort stimmten dem Minister zwar zu, kritisierten gleichwohl durch ihre Handelskammer das Gastland: Südafrikas Paßgesetze müßten abgeschafft werden, weil das Recht auf Bewegungsfreiheit zu den „Herzstücken des Systems der freien Marktwirtschaft“ gehöre.

Schwarze Siedlungen in weißen Gebieten sollten nicht mehr geräumt werden, und das Vertragsarbeitersystem, das Schwarze elf Monate im Jahr von ihren Angehörigen trennt, sei „weder sozial wünschenswert, noch produktionsfördernd, noch vereinbar mit einem Ehe- und Familienleben“.

Solche der Apartheidoktrin radikal zuwiderlaufenden Ideen vertreten neuerdings sogar die größten südafrikanischen Arbeitgeberverbände. „Einer der Gründe dafür“, schreibt die „Financial Times“, sei „die Furcht davor, daß letztlich der Kapitalismus in Südafrika das

gleiche Schicksal erleiden könnte wie die Apartheid“: Bei einer Machtübernahme könnten ihn die Schwarzen mit abschaffen, weil in ihren Augen Kapitalismus und Apartheid identisch seien.

Umgekehrt, so denken inzwischen wohl etliche Unternehmer, könnte der Kapitalismus sehr wohl überleben, wenn seine Vertreter frühzeitig zur Apartheid auf Distanz gehen.

Jedenfalls nähert sich „die Revolte der schwarzen Mehrheit“, so das britische Blatt, „immer mehr den sorgfältig geschützten weißen Vororten und dem Herzen der südafrikanischen Politik“ – eine neue Lage für die weiße Bastion am Kap.

Seit vorigem Herbst sind auch die Hoffnungen zerstoßen, die weiße Herrschaft könnte innere Stabilität durch di-

CHINA

Giftiges Kraut

Das in der Kulturrevolution beschlagnahmte Kulturgut wird nach 19 Jahren an die Besitzer zurückgegeben – wenn sie es wiedererkennen.

Für eine Ausstellung von Antiquitäten sind die Bilder zu eng gehängt, die Vasen, Lack- oder Emaillearbeiten zu lieblos auf Pulten und Stühlen gestapelt oder auf dem Zementfußboden ausgebreitet; zwischen den Exponaten bewegen sich Besucher, ältere Leute zumeist.

Ab und zu hebt ein Genosse in Armeegrün einen Bronzedreifuß an, befühlt eine Frau Silberleuchter oder Gold-



Raubgut-Aussteller Gao, Exponat*: „Geister und Dämonen“

plomatischen Ausgleich mit den notleidenden schwarzen Nachbarstaaten Angola und Mosambik erreichen.

Der gefeierte Vertrag, den Botha und Mosambiks Samora Machel in Nkomati schlossen, liegt in Trümmern, mit Angola ist ein Truppenentflechtungsabkommen zustande gekommen, aber nicht ausgeführt.

Um so verbissener schlagen Protagonisten der Apartheid zu, wanni immer sie sich bedroht glauben. Weil der amerikanische Sänger Stevie Wonder letzten Montag seinen Oscar für den besten Filmsong („I just called to say I love you“) dem inhaftierten südafrikanischen Nationalistenführer Nelson Mandela widmete, verbot Südafrikas staatlicher Rundfunk ab sofort die Ausstrahlung sämtlicher Stevie-Wonder-Schlager.

schmuck. Die Kunstfreunde suchen nach Erbstücken oder altem Familienbesitz – nach ihrem Eigentum.

Die Stücke, die hier in 18 Klassenräumen über drei Etagen des Backsteingebäudes im Pekinger Vorort Chongwen verteilt sind, haben Geschichte: Sie wurden während der Kulturrevolution von Roten Garden als „konterrevolutionäres Gut“ konfisziert.

Mao Tse-tungs „Große proletarische Kulturrevolution“, die 1966 begonnen hatte und in einem Bürgerkrieg gipfelte, richtete sich nicht nur gegen seine Rivalen in der Partei. Chinas Rote Garden, Maos „kleine Generale“, wüteten auf Weisung des „Großen Steuermannes“ auch gegen die verhaßten „Vier Alten“.

* In der Kulturrevolution hat der Eigentümer selbst das Bild übermalt: „Giftiges Kraut“.